

**N i e d e r s c h r i f t**

**Gremium:** Schulausschuss - öffentlich

**Sitzungstermin:** Montag, 11.06.2012

**Raum:** Ratssaal des Rathauses

**Sitzungsbeginn:** 16:00 Uhr

**Sitzungsende:** 16:58 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

**Genehmigt und wie folgt unterschrieben:**

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:



**VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE**

**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 23.01.2012
- 4 Einführung der inklusiven Schule  
Vorlage: 2012/104
- 5 Entwicklung Rasteder Grundschulen  
Vorlage: 2012/106
- 6 Schließung der Sitzung

**Tagesordnungspunkt 1**

**Eröffnung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende Herr Krause eröffnet die öffentliche Sitzung des Schulausschusses um 16:00 Uhr.

**Tagesordnungspunkt 2**

**Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende Herr Krause stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind 13 stimmberechtigte Mitglieder.

**Der Schulausschuss beschließt:**

Die Tagesordnung wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

**Tagesordnungspunkt 3**

**Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 23.01.2012**

**Der Schulausschuss beschließt:**

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses vom 23.01.2012 wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

**Tagesordnungspunkt 4**

**Einführung der inklusiven Schule**

**Vorlage: 2012/104**

**Sitzungsverlauf:**

Frau Meyer stellt eingangs anhand einiger Power-Point-Folien noch einmal den Sachstand vor und macht insbesondere darauf aufmerksam, dass es sich bei den dargestellten finanziellen Auswirkungen lediglich um eine grobe Kostenschätzung handelt.

Herr Janßen erläutert an einigen Beispielen, dass die Inklusion an den Schulen lange überfällig ist und letztendlich eine Struktur geschaffen werden muss, die allen Schülerinnen und Schüler gleiche Voraussetzungen bietet. Er spricht sich deutlich für die Umsetzung des Beschlussvorschlages aus und bemerkt ergänzend, dass seitens des Schulträgers alles dafür getan werden sollte, damit die Inklusion entsprechend der vorgestellten Zeitachse erfolgreich umgesetzt wird.

Frau Pfeifer macht darauf aufmerksam, dass es richtig und wichtig ist, die Schulen für die Inklusion herzurichten. Vor dem Hintergrund der recht hohen Kosten weist sie jedoch darauf hin, dass in der ein oder anderen Schule auch organisatorische Maßnahmen sinnvoll erscheinen, um die finanziellen Belastungen möglicherweise reduzieren zu können.

Frau Lamers ergänzt, dass die Rahmenbedingungen für die Inklusion teilweise noch unklar sind, sodass es auch vor diesem Hintergrund vernünftig ist, zunächst eine Schwerpunktschule für den Primarbereich zu benennen und die erforderlichen Umbaumaßnahmen auf mehrere Jahre zu verteilen.

Frau Fisbeck betont, dass sich die integrativen Gruppen in den Kindergärten bestens bewährt haben und jetzt mit der Inklusion an den Schulen der eingeschlagene Weg fortgesetzt wird. Ebenso wie ihre Vorredner befürwortet sie, dass die erforderlichen Investitionen bis 2018 gestreckt werden und zur Kostenreduzierung auch organisatorische Maßnahmen ergriffen werden sollten.

Frau Pfeifer und Frau Fisbeck bemerken, dass an der Förderschule Am Voßbarg sehr gute Arbeit geleistet wird und darauf geachtet werden sollte, dass die Schule auch künftig weiter gestärkt wird.

Herr Köver schließt sich den Ausführungen von Herrn Janßen weitestgehend an und ergänzt, dass die Einführung der Inklusion an den Schulen ein Bestandteil des nationalen Aktionsplanes der Bundesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention darstellt. Er weist zudem hinsichtlich der angesprochenen organisatorischen Möglichkeiten darauf hin, dass viele Funktionsräume im Obergeschoss der jeweiligen Grundschule liegen, sodass der Einbau von Fahrstühlen kaum zu umgehen ist. Im Übrigen ist davon auszugehen, dass die Klassenstärken im Zuge der Inklusion aufgrund der Doppelzählung von Schülern mit festgestelltem Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung abnehmen werden, sodass es gegebenenfalls auch zu Platzproblemen kommen kann.

Bürgermeister von Essen betont, dass die Einführung der Inklusion unstrittig ist. Hinsichtlich der weiteren Umsetzung ist jedoch davon auszugehen, dass Verwaltung und Politik künftig

flexibel reagieren müssen, um den jeweiligen Gegebenheiten und Ansprüchen gerecht zu werden.

**Beschlussempfehlung:**

Der Bericht zur Einführung der inklusiven Schule wird zur Kenntnis genommen. Haushaltsmittel für erforderliche Umbaumaßnahmen werden in den Jahren 2013 bis 2018 zur Verfügung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

**Tagesordnungspunkt 5**

**Entwicklung Rasteder Grundschulen**

**Vorlage: 2012/106**

**Sitzungsverlauf:**

Frau Meyer stellt anhand einer umfangreichen Power-Point-Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt ist, umfangreiches Zahlenmaterial hinsichtlich der künftigen Entwicklung der Rasteder Grundschulen vor und macht insbesondere zur Besetzung der Schulleiterstelle in Loy deutlich, dass nunmehr drei Bewerbungen vorliegen und derzeit das Auswahlverfahren läuft, sodass gegebenenfalls der Beschlussvorschlag zu dieser Thematik hinfällig ist.

Frau Lamers erläutert, dass sich die CDU-Fraktion immer für den Erhalt aller sechs Grundschulstandorte ausgesprochen hat. Dessen ungeachtet darf aber nicht verkannt werden, dass auch der demografische Wandel nicht vor Rastede halt macht und mit den geplanten Neubaugebieten nur bedingt gegengesteuert werden kann. Zum Schulstandort Leuchtenburg führt sie aus, dass ebenso wie bei den Schuleinzugsbereichen eine langfristige Betrachtung erforderlich ist, sodass genau geprüft beziehungsweise überlegt werden muss, wie weiter vorzugehen ist. Hinsichtlich der Situation in Loy regt sie an, aus dem Ausschuss heraus noch einmal ein deutliches politisches Signal an die Landesschulbehörde zu senden, damit letztendlich die Schulleiterstelle in Loy alsbald besetzt werden kann.

Frau Fisbeck erinnert daran, dass seinerzeit mit der Wahlmöglichkeit im Baugebiet Südlich Schlosspark eine gute Entscheidung getroffen wurde, um den Grundschulstandort Loy erhalten zu können. Sie regt vor diesem Hintergrund an, zur langfristigen Sicherung des Schulstandortes Leuchtenburg ein ähnliches Modell zu entwickeln.

Herr Kayser weist darauf hin, dass in Leuchtenburg bereits ab 2015 mit der Zusammenlegung von Klassen zu rechnen ist, sodass bereits jetzt nach geeigneten Lösungsansätzen wie zum Beispiel variable Schuleinzugsbereiche oder die Entwicklung eines speziellen Profils gesucht werden muss, um überhaupt Perspektiven aufzeigen zu können.

Herr Sundermann erläutert, dass eine Veränderung der Schuleinzugsbereiche immer zulasten einer anderen Grundschule geht und letztendlich zu „Kannibalismus“ unter den Grundschulen führt.

Frau Oltmanns legt dar, dass vorliegende ältere Prognosen immer übertroffen worden sind, sodass auch jetzt gegebenenfalls davon auszugehen ist, dass die tatsächlichen Schülerzahlen höher ausfallen werden. Im Übrigen wird nicht nur durch Neubaugebiete Wohnraum für junge Familien geschaffen, sondern auch Altimmobilien bieten eine günstige Möglichkeit für Familien mit Kindern Eigentum zu erwerben, wodurch ebenfalls die Grundschulstandorte gestärkt werden könnten.

Herr Janßen begrüßt, dass sich alle Fraktionen vom Grundsatz her für die Erhaltung der sechs Schulstandorte ausgesprochen haben. Er dankt der Verwaltung für das umfangreiche Zahlenmaterial, das als Planungsgrundlage aber auch erforderlich ist, um weitsichtige Entscheidungen treffen zu können.

Herr Köver erläutert, dass eine komplette Auslastung einer Schule nicht zwingendes Ziel sein muss, sondern eher eine Klassengröße von 19 bis 20 Kindern angestrebt werden sollte. Er weist in diesem Zusammenhang auch noch einmal auf das Thema Inklusion hin, da im konkreten Fall aufgrund der Doppelzählung von Schülern mit festgestelltem Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung die Klassenstärke automatisch sinkt. Darüber hinaus spricht er sich dafür aus, die bisherige Kopplung der Schul- und Kindergarteneinzugsbereiche auf den Prüfstand zu stellen.

Herr Sundermann weist darauf hin, dass die Kindergärten keine verbindlich festgelegten Einzugsbereiche haben und sich lediglich an den Schuleinzugsbereichen orientieren.

Herr Krause berichtet, dass er ein Schreiben der Loyer Elternvertretung erhalten hat, indem die Eltern den Schulträger darum bitten, alles dafür zu tun, damit die Schulleiterstelle in Loy zügig wiederbesetzt wird. Ebenso wie Frau Lamers bittet er die Verwaltung, einen entsprechenden Appell aus der Mitte des Schulausschusses an die Landesschulbehörde zu übermitteln.

### **Beschlussempfehlung:**

Der Bericht über die Entwicklung der Rasteder Grundschulen wird zur Kenntnis genommen.

Soweit eine Besetzung der Schulleitungsstelle nicht möglich ist, wird ab dem Schuljahr 2012/2013 die Grundschule Loy mit der Grundschule Feldbreite zusammengelegt und fungiert als Außenstelle.

<p><b><u>Abstimmungsergebnis:</u></b></p>
Ja-Stimmen: 12
Nein-Stimmen:
Enthaltung: 1
Ungültige Stimmen:

**Tagesordnungspunkt 6**

**Schließung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende Herr Krause schließt die öffentliche Sitzung des Schulausschusses um 16:58 Uhr.